

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Wapenstraße 5/8, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7748.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Subscriptionsgebühren: Einmalig für die erste Postzeitung oder beim Vorausbezahlen für die nächsten 10 Postzeitungen. Preis für die nächsten 10 Postzeitungen mit dem 15. September 1898 bis zum 15. September 1899 M. 10.00. Expedition abgeben.

Telephon Nr. 451.

Nr. 161.

Mittwoch, den 13. Juli 1898.

9. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Unternehmeranmaßung.

In der wirtschaftlichen Wochenschau der „Leipziger Volkszeitung“ schreibt Richard Salver über dieses Thema: Die bayerische Staatsbahn hat vor einiger Zeit einer belgischen Firma die Lieferung von 500 Güterwagen zum kommenden Herbst übertragen. Kaum war diese Nachricht in der Öffentlichkeit bekannt, als auch schon ein Sturm der Entrüstung sich in der industriefrommen Presse darüber erhob, daß eine staatliche Verwaltung es wage, das Ausland zum Wettbewerb mit der einheimischen Industrie zuzulassen. Es wurde sogar die Person des deutschen Kaisers gegen die bayerische Staatsverwaltung ins Treffen geführt. „Schutz der nationalen Production, Schutz der deutschen und bayerischen Wagenzfabriken“, das war die Parole, unter der man der bayerischen Verwaltung zu Leibe rückte.

Es ist schade, daß die Verwaltung der bayerischen Bahnen diesem Sturm der Unternehmer-Entrüstung nicht Stand hielt, sondern sich verpflichtet glaubte, ihr Vorgehen zu entschuldigen und zu rechtfertigen. Sie ließ leider alsbald erklären, daß sie nur darum den Auftrag einer belgischen Fabrik gegeben habe, weil die bayerischen und außerbayerischen deutschen Firmen größere Aufträge mit kurzer Lieferfrist nicht mehr annehmen konnten. Da aber die Staatsbahnverwaltung im Herbst einen außergewöhnlich starken Verkehr erwarte, so sei es eine dringende Nothwendigkeit geworden, die Güterwagen außerhalb Deutschlands anfertigen zu lassen.

Dieser Rechtfertigung hätte es unseres Erachtens gar nicht bedurft, ja, sie erscheint uns sogar als ein schwächlicher Rückzug gegenüber der Anmaßung der deutschen Unternehmer, die verlangen, der Staat solle seinen Bedarf zu jedem von den Fabriken geforderten Preise im Inlande decken. Dadurch, daß die bayerische Staatsbahnverwaltung ihr Vorgehen rechtfertigt, erkennt sie gleichsam die Anmaßung der Unternehmer als berechtigt an. Und doch ist gegen das Verlangen der Unternehmer ganz energisch Front zu machen. In den Ministerien und bei den oberen Verwaltungsbehörden, die viel Arbeiten zu vergeben haben, klagt man schon längst über die lästigen Zumuthungen der deutschen Unternehmer. Wie ein Alp lastet in den Bureaus das Schlagwort von der „nationalen Production“. Viele der technischen Räte sehen mißmüthig dem Treiben der deutschen Unternehmer zu, denn mancher Fortschritt wird aufgehalten, manche Mehrausgaben werden gemacht, nur weil von oben herab die Parole ausgegeben ist: Um jeden Preis muß deutsches Fabrikat gekauft werden. Dem preussischen Eisenbahnministerium werden die deutschen Kohlen zu einem erhöhten Preise aufgekauft und trotz einzelner Organe, die dem Eisenbahnminister nachdrücklich auf den Bezug billiger ausländischer Kohle hingewiesen haben, wurde dem deutschen Kohlensyndicat die Lieferung auf längere Zeit hinaus wieder übertragen.

Wie sehr die Maxime „nur deutsches Fabrikat“ dem Staate und damit der Gesellschaft schaden kann, dürfte aus folgendem Beispiel hervorgehen. Bekanntlich ist die Verkehrssicherheit auf den preussischen Bahnen keineswegs den berechtigten Ansprüchen angemessen. Es wird von Fachautoritäten rüchhaltslos zugegeben, daß die amerikanischen Bahnen Deutschland hierin weit überreffen. Ganz besonders hervorragend erweist sich eine auf den amerikanischen Eisenbahnen schon längst eingeführte Bremse, die es ermöglicht, auch den

raschest fahrenden Expresszug in unvergleichlich kurzer Zeit zum Stehen zu bringen. Man hat im preussischen Eisenbahnministerium wohl auch schon Kenntniß von dieser Bremse genommen; ja, es machen sich innerhalb des Ministeriums lebhafte Bestrebungen geltend, diese Bremse auf den preussischen Bahnen zur Einführung zu bringen, aber man schreckt vor dem ausländischen Ursprunge zurück. Amerikanische sind gegenwärtig verfehmt, obwohl im einzelnen Fall ihre vorzügliche Qualität einflüchtig anerkannt ist. Zu solchen Folgen treibt die jetzt so beliebte Abherrungspolitik. Der Boykott des Auslandes durch die deutsche Concurrenz führt zu directen Schädigungen der öffentlichen Verkehrssicherheit. Angesichts solcher Erscheinungen muß man die einseitige Zoll- und Handelspolitik der deutschen Unternehmer, in deren Schlepptau augenblicklich unsere Regierungen gerathen sind, als volkwirtschaftlich nachtheilig bezeichnen.

Aber hinter der ganzen „nationalen“ Wirtschaftspolitik steckt auch noch ein gut Theil abgefeimter Heuchelei. Die deutschen Fabrikanten verlangen wohl vom Staate und von den Consumenenten, daß sie deutsche Fabrikate beziehen, aber sie selbst kehren sich an diese Forderung nicht mehr, sobald sie als Käufer auf dem Markte auftreten. Errichten sie Fabriken, dann fällt es ihnen nicht im Traume ein, ihre Maschinen ausschließlich aus Deutschland zu beziehen, sie kaufen vielmehr dort ein, wo sie die besten und zugleich billigsten Fabrikate zu finden glauben. So beziehen unsere Fahrradfabrikanten ihre Maschinerie aus Amerika, die Textilindustriellen womöglich aus England. Ihr Grundgesetz, der auch durch die nationale Phrase nie und nimmer erschüttert werden kann, ist und bleibt, möglichst billig einzukaufen.

Das sieht man namentlich auch daran, wie sie ihre Arbeitscolonnen rekrutiren. Deutschland liefert für den Bedarf unserer Industrie genügend Arbeitskräfte. Trotzdem werden unbeanstandet aus dem Auslande massenhaft Arbeitskräfte in Deutschland eingeführt. Warum? Weil sie etwa tüchtiger wären? Nein, weil sie billiger sind. Ganze Industriezweige giebt es, aus denen der deutsche Arbeiter mehr und mehr verdrängt wird, und dem billigeren Polen, Italiener oder gar chinesischer Kuli Platz machen muß. Wenn der Schutz der nationalen Production maßgebend sein und bleiben soll, so müßten wenigstens die Unternehmer gezwungen werden, consequent zu sein. Sie müßten als Käufer, sei es nun von Arbeitskräften, sei es von Produktionsmitteln, ebenso zum Bezuge deutscher Waare gezwungen werden, wie sie ihre Abnehmer zwingen wollen, nur deutsches Fabrikat zu kaufen. Wenn aber eine solche Geschäftspolitik überhaupt durchgeführt werden könnte, wohin würde sie denn führen? Unsere Unternehmer wissen den Werth ihres Exportgeschäfts wohl zu schätzen, sie sorgen sogar dafür, daß die Abnehmer im Auslande besser und billiger bedient werden als die deutschen Käufer. Die englische Industrie erhält gegenwärtig ihre Kohle hauptsächlich aus dem Ruhrbezirk, sehr zu Schaden unserer deutschen Großgewerbe, die, abgesehen von den längst schon abgeschlossenen Lieferungen, auch relativ kleinere Quantitäten seit längerem vom Kohlensyndicat nicht bekommen können. Warum? Weil dem deutschen Kohlensyndicat der englische Consument werthvoller ist als der sichere deutsche.

So schädigen gerade diejenigen Unternehmer, die am lautesten nach dem Schutz der nationalen Production rufen, die eigene heimische Industrie. Was würden diese Schreier für Gesichter machen, wenn unsere Concurrenzländer den Stiel umdrehten und in ihrem Lande die nämliche Parole „Schutz

der nationalen Production“ consequenter als heute durchführte würden? Glücklicherweise sorgen die Fabrikanten ja selbst dafür, daß diese Parole nie und nimmer durchgeführt werden kann. Aber gegenüber den thörichtesten Schreibern nach einer bedingungslosen Abherrungspolitik muß doch auf die möglichen Folgen ihres Vorgehens hingewiesen werden. Sie geben vor, Deutschland nutzen zu wollen und sind auf dem besten Wege, den gesammten deutschen Export in höchstem Grade zu gefährden. Das Ausland soll sich unseren Boykott ruhig gefallen lassen, aber unsere Concurrenz mit dem Auslande, auf der ja doch unser ganzer Export basiert, soll vom Auslande unangefochten bleiben. Ein solches Verlangen ist einfach widersinnig. Die Schutzpöller der anderen Länder sorgen ja auch hinlänglich dafür, daß die gebührende Antwort erfolgt. Jedenfalls hat unsere Staatsverwaltung keine Veranlassung, dem unvernünftigen Verlangen unserer deutschen Fabrikanten nachzugeben. Es ist höchst bedauerlich, daß die Verwaltung der bayerischen Staatsbahnen die Vergabung ihrer Güterwagen an eine belgische Firma den deutschen Unternehmern gegenüber glaubt verteidigen zu müssen. Die Steuerzahler werden sich dafür bedanken, für den Ueberprofi unserer Fabrikanten aufzukommen, denn hinter der großen Phrase: Schutz der nationalen Arbeit — versteckt sich fast ausnahmslos nichts Anderes, als die eigenfuchtigste Unerfälligkeit des Capitalismus.

Der socialdemokratische Reichstagspräsident.

Die Zusammenziehung des zukünftigen Reichstagspräsidentiums macht den gemäßigten Parteien jetzt schon Schmerzen und sie gebrechen sich ganz unnützer Weis: den Kopf über die Ablichten der Socialdemokratie. Ein politischer Wetterprophet kündigt in der „N. P. Z.“ an, der neugewählte Reichstag würde gleich nach seinem Zusammentritt stürmische Scenen erleben, weil die Socialdemokraten verlangen würden, in der Leitung der Geschäfte des Hauses mit vertreten zu sein. Das Centrum würde diesem Anspruch wohl in seiner Mehrheit Folge zu geben geneigt sein, es werde also darauf ankommen, wie sich die Linke zu der Frage stelle, ob ein Socialdemokrat dem Präsidium angehören solle oder nicht.

Die Herren mögen nur ruhig abwarten, was unsere Fraction thun, ob sie den nach bisheriger Uebung im Reichstage ihr zuzehenden Präsidentenamt beanspruchen wird oder nicht. Der „Hann. Cour.“ sucht sich zu trösten mit der Erwägung: „Einen formellen Anspruch auf eine Präsidentenstelle kann natürlich keine Fraction aus ihrer Stärke herleiten, die Wahl unterliegt der freien Entscheidung des Plenums. Die nationalliberale Fraction wird jedenfalls zu denen gehören, die die Wahl eines Socialdemokraten in das Präsidium des Deutschen Reichstages bekämpfen.“

Das heißt: die Nationalliberalen sind schon bereit, ihre ganze schone Parteilichkeit wieder vor aller Welt zur Schau zu stellen. Uns kann auch das recht sein.

Aus Thiens Reich.

Die Strafkammer zu Elberfeld verurtheilte einen Wäschweiler wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransports zu einer Woche Gefängniß. Der Angeklagte war auf dem Hauptbahnhof in Solingen angekommen und verließ das dortige Stellwerk 1. In einer Nacht im October wurde 10.58 auf der eingeleiteten Strecke von Thiens angewendet. Der Angeklagte erhielt nun das Signal, dem Güterzug nach Seils 3 Freifahrt zu geben, was er aber nicht beachtete, sondern statt rothes Licht gab, ohne daß er, wie die Instruction es vorschreibt, am Correctionsapparat hiervon Meldung machte. Hierdurch wurde der dienst-

Zum Glück der Damen.

Roman von Emile Zola.

Uebersetzt von Dr. S. Roß.

(Der Roman erschien bei S. Guadenfeld & Co., Berlin.)

82)

Die Damen standen wie festgebaut beim Anblick der wunderbaren Weißwaren-Ausstellung. Da war zunächst rings um sie das Vestibul, eine Halle mit hellen Spiegelscheiben und Mosaikboden, wo die billigen Waaren die kauflustige Menge zurückhielten. Dahinter dehnten sich in blendender Weiße die Galerien aus, eine Schneelandschaft, aus dem Norden hierher veretzt, endlose Steppen, mit Hermelin überspannt, im Sonnenlicht leuchtende Gletschermassen. Hier fand man die Weißwaren der Schaufenster wieder, doch belebt, colossal, gleichsam brennend von einem Ende des großen Schiffes bis zum anderen mit dem weißen Licht einer ganz entflammten Feuersgluth.

Da war Alles weiß, alle weißen Artikel aus allen Abtheilungen waren hier angehäuft, eine Verschwendung von Weiß, ein weißes Gestirn, dessen Glanz Anfangs blendete, ohne daß man inmitten dieser riesigen Weiße die Einzelheiten unterscheiden konnte.

Doch die Augen gewöhnten sich allmählich daran. Zur Linken, in der Galerie Monsigny dehnten sich weiße Borgebirge von Leinwand und Baumwolle aus, Felsen von weißer Bettwäsche, von Servietten, von Tischentwürfen; während die zur Rechten befindliche Galerie Michodière, die von den Posamenten, Wirk- und Wollwaren eingenommen war, ganze Bauwerke von Perlmutterschnecken ausstellte, eine große Decoration, die aus weißen Strümpfen zusammengefügt war, daneben einen ganz mit weißem Molleton bedeckten Saal, den aus dem Hintergrunde kommendes Licht matt erhellte.

Doch der Hauptquell des Lichts kam aus der mittlern

Galerie, von den Bändern und Tüchern, vom Handschuh- und Seidenlager. Die Läden waren verschwunden dort unter dem Weiß der Seidenstoffe und Bänder, der Handschuhe und Fichus. Um die eisernen Säulen walle weißer Mousseline, der in Abständen mit weißem Foulard ausgerafft war. Die Treppen waren mit weißen Draperien behangen, abwechselnd Draperien von Bique und Vastin, die sich an den Rampen hingogen und die Wölbungen bis zum zweiten Stockwerk umgaben. Und dieser weiße Aufstiege schien Flügel zu erhalten, sich bald auszudehnen, bald zusammenzudrängen, wie eine Schaar Schwäne.

Dann kam auch noch Weiß von den Wölbungen herab, als ob Daunnen herabflatterten, als ob in großen Flocken Schnee herabschwebte: weiße Bettdecken, weiße Fußdecken flatterten in der Luft; weiße Kirchenganner aufgehängt; lange Gnipurestreifen waren da ausgespannt, einem Schwarm weißer Schmetterlinge gleich, die regungslos in der Luft schwebten; überall schwanke Spigen, flatterten wie Marienfäden auf einem Sommerhimmel, erfüllten die Luft mit ihrem Duft.

Das Wunderbarste aber, der Altar für diesen Cultus des Weissen, befand sich über der Silber-Abtheilung, in der großen Halle: ein Zelt von weißen Vorhängen, die von dem Glasdach herabhängen. Mousseline, Gaze, kunstvolle Gnipure flössen in leichtem Gewoge herab, während sehr reich gekleideter Tüll und orientalische silberdurchwirkte Seidenstoffe den Hintergrund dieser Fiesendecoration bildeten, die halb einem Zubernefel, halb einem Alkoven gleich. Man konnte sagen, es sei ein großes weißes Bett, das in seiner jungfräulichen Größe, wie es in den Märchen heißt, die weiße Prinzessin erwarte, die da eines Tags kommen müsse, in aller Pracht, im weißen Brautkleide.

— D., das ist etwas ganz Außerordentliches! riefen die Damen in einem fort. Das ist noch nicht dagewesen. Sie erwiderten nicht im Lob dieses Weiß, das alle Stoffe

im Innern des Hauses verflüdeten. Mouret hatte noch nie etwas so Großartiges gesehen, es war ein Meisterstück seiner Ausstellungskunst. In dem Erguß dieser Weiße, in der scheinbaren Unordnung dieser Gewebe, die wie durch Zufall aus dem überfüllten Fächern zu fallen schienen, kam ein harmonischer Gedanke zum Ausdruck; das Weiß folgte und entwickelte sich in allen Tönen, wie sie entstehen, wachsen und sich ausbreiten, wie die complicirte Oxydation einer mächtigsten Fuge, die in ihrem Fortschreiten die Seele zu immer höherem Flusse fortreibt.

Da war nichts als Weiß, doch nirgends dasselbe Weiß, eins nach von dem anderen ab, trat in Gegensatz zu ihm oder ergänzte es. Es begann mit dem matten Weiß der Baumwolle und der Leinwand, dem gedämpften Weiß der Flanelle und Tuche; dann kamen die Samme, Seiden und Atlasse in aufsteigender Tonleiter, das Weiß begann allmählich zu leuchten und wurde zu kleineren Flammen in den Falten der Falten; und das Weiß verschmolz mit der Durchsichtigkeit der Vorhänge, ward zu lichter Helle in den Mousselines, den Gnipuren, den Spigen, und besonders in den Tülls, die so zart waren wie ein verhallender Klang, während das Silber der orientalischen Seidenstoffe im Hintergrunde des riesigen Alkovens Alles überstrahlte.

Indessen hatten sich die Magazine belebt, die Aufzüge waren anlagert, man erdrückte sich fast am Duff und im Beselalon; ein ganzes Volk zog durch diese schneebedeckten Räume. Und die Menge erschien schwarz, wie im December die Schlittschuhläufer auf einem polnischen See. Das Schloß bildete eine dunkle, von Ebbe und Fluth bewegte See, in der man nur die zarten und erstickten Gestirter der Frauen unterschied. Angesichts der Schneeberge wirkte die hier herrschende Treibhaushitze aberausend. Das Gemirr von Stimmen verursachte einen Lärm wie ein tosender Sturm. Der verschwenderisch vergoldete Rasend, die Silberfassungen

ihunde Statistiken irreführt, so daß er, als kurz nach 11 Uhr auf derselben Straße der Personenzug 890 angeboten wurde, auch diesen annehmen, ohne zu wissen, daß der Güterzug nach der Station liegt und nach Einbruch der Dunkelheit nur der Aufmerksamkeits- und Gesichtskreis des Lokomotivführers war es zu danken, daß der Personenzug, der bereit auf anderthalb Wagenlänge an der Güterzug befestigt war, noch zum Stehen gebracht und ein großes Eisenknäuel vermieden wurde. Der Angeklagte erklärte in der schriftlichen Verhandlung, daß der Telegraphenrevisor schlecht funktionierte und sich hierbei auf das Zeugnis des Weichenstellers Sch., der abwechselnd mit ihm im Telegraphenamt 1 zu versehen hatte, des Ferneren des Telegraphenassistenten und eines anderen Weichenstellers, die bekünden, daß des Defektoren Mängel an demselben zu Tage traten, namentlich um diese Zeit, wo er schlecht schrieb. Er will hieron über Mitteilung gemacht haben, die man aber nicht beachtete. Er machte seiner geltend, daß er vom seiner eigenmächtigen Aenderung des Signals, die ihm geboten seien, auf dem Correctionskorparat Meldung machte. Das wird von dem Stationsassistenten M. Sp. und dem Telegraphenrevisor R. bestritten. Der Sachverständige gab nach den Aussagen des Angeklagten und der anderen Zeugen, daß der Apparat nicht in Ordnung war, die Möglichkeit zu, daß Meldungen falsch einließen, erwidert aber er insinuirte, daß das Verhalten in dem eigenmächtigen Aendern des Signals. Das Gericht führte die Gefährdung des Eisenbahnverkehrs durch die Unachtsamkeit des Angeklagten an. Es sei das nicht, ob neben ihm auch Andere ein Versehen begangen hätten, sein Versehen sei ein ursächliches. Er wurde auf Grund des § 316 verurtheilt.

Ein von Stendal nach Berlin abgegangener Güterzug erlitt am Montag früh bei einer Seitenwärtung auf dem Eisenbahndamm eine Störung. Beide Lokomotiven und drei Güterwagen entgleisten. Der Führer der Rangirungsmaschine wurde am Arm und am Kopf leicht verletzt.

Freiwilige Colonialpolitiker. Herr Frese, der Abgeordnete für Bremen, ist gleich seinem Parteigenossen Kider, Mitglied der deutschen Colonialgesellschaft geworden, welche die weitgehendste Colonial- und überseevölkerung Marinepolitik verfolgt. Die Herren haben damit ihren Verzicht auf eine objective Würdigung von Colonial- und Marineexperimenten deutlich kundgegeben.

Eine neue Militärvorlage kündigt jetzt auch die „Allg. Ztg.“ für die nächste Tagung des neuen Reichstages an. Es sei auch eine Erweiterung der technischen Truppen durch Errichtung von drei Telegraphenbataillonen in Aussicht genommen. Der Dienst der Militärtelegraphie im Felde habe einen solchen Umfang angenommen, daß er mit Rücksicht auf seine Wichtigkeit nicht länger mehr von den Pionierbataillonen als ein Nebenberufsmäßig betrieblich werden kann, sondern die Aufstellung einer besonderen Truppe erfordert, wie sie in allen anderen großen Heeren längst vorhanden sei. Dem Stamm für die zu errichtende Telegraphentruppe soll die 5. Compagnie des Garde-Pionierbataillons abgeben, die etwa seit zwei Jahren als Versuchstruppe an die Militärtelegraphenabtheilung abgegeben ist und auch ein besonderes Telegraphenregiment auf den Schultern trägt.

Delegation in der Schule. Folgender höchst seltsame Fall wird dem „Vorwärts“ aus Dresden berichtet:

Ein Lehrer in der Dorfgemeinde Reitz bei Dresden, ein noch sehr junger Mann, gab seinen 12jährigen Schülern vor der Wahl in der Schule während der Unterrichtsstunden „Anleitung“ über die Parteistellung der Wahlkandidaten. Der sozialdemokratische Candidat wurde dabei in der üblichen Weise als Unpatriot, Feind der Ordnung u. dergleichen, einem solchen Mann hätten sie (die Schüler) wenn sie später einmal wählen gehen könnten, nicht wählen. Der Lehrer verbot aber den Schülern ausdrücklich, von der ihnen zu Theil gewordenen Instruction ihren Eltern zu erzählen. Das Verbot wurde natürlich überhört und beglückwünscht ein Knabe erzählt der Lehrer die Uebersetzung des Redens. Er bestrafte den Schüler dafür mit fünfzehn Stockhieben und Strafbewahrung auf einen niederen Platz. Der Vater des Knaben beschwerte sich darauf beim Schulrath der Gemeinde. Auf persönliche Entbindung über den Erfolg seiner Beschwerde wurde ihm vom Schulrath des Schulbesuchers erklärt, daß der Lehrer mit seiner Wahlbeziehung nur einer Befehlsbefugnis der Schulinspektion geübt habe und daß die Befehlsbefugnis des betreffenden Knaben wegen Ungehorsams am Plage gewesen wäre. Der Vater begnügte sich mit diesem eigenmächtigen Bescheid nicht, sondern wandte die Reichsanwaltschaft in Ansuchen an.

Derartige, jeglicher vernünftigen Pädagogik widersprechende

Vorkommnisse können unmöglich der Schulbehörde genehm sein, sondern verdienen die allerschärfste Rüge. Die Schulbehörde dürfte sicherlich Veranlassung nehmen, sich zu dieser Angelegenheit auszusprechen.

Die Zuckerausfuhrprämien werden jetzt auch von der „Deutschen Tageszeitung“ preisgegeben. Nach dem Scheitern der Brüsseler Zuckerkonferenz erklärte nunmehr das Organ der Händler, das Ziel der Wirtschaftspolitik werde sein müssen, den Verbrauch des Zuckers im Inlande zu steigern, da Ausfuhrvergütungen unter allen Umständen ein zwar notwendiger und manchmal nützlich, aber immerhin ein Nothbehelf seien. Eine wesentliche Steigerung des Inlandsverbrauchs sei aber nur zu erwarten von einer Aufhebung oder einer starken Herabsetzung der Zuckerausfuhr.

Von unseren herrlichen Colonien. Das Auftreten der Malaria in einem Theile Südwest-Afrikas, der bisher zu den gesündesten Landstrichen gezählt wurde, bietet den Hygienikern eine sehr unerfreuliche Ueberraschung. Esien es eine Zeit lang, als ob das Tropenfeber dort wieder zurückginge, so lauten neuere Berichte dahin, daß es sich noch hält und vielleicht ausbreitet. Auch der Vertreter der südafrikanischen Colonialgesellschaft, Professor Dr. Rhobe, ist vom Fieber befallen worden und wird demnach nach Deutschland mit Urlaub zurückkehren. Nach und nach begibt sich in Südwest-Afrika die Ueberzeugung, daß das Auftreten der Malaria in einem Gebiete, wo man sie vor wenigen Jahren noch nicht kannte, mit der Minderpest, die voriges Jahr ganz Südwest-Afrika verheerte, im Zusammenhang stehen müsse. Die Nachschau hat eine Menschenjagd im Geolge gehabt.

Neue politische Nachrichten. Auf zwei Jahre suspendirt wurde von der Jäger-Schützen-Verein in Ehrenhausen in Sachsen ein Mitglied wegen Verübung sozialdemokratischer Gesinnung. Wenn sich der Suspendirte nach Ablauf der Zeit „gebeuert“ hat, wird er wieder als Mitglied aufgenommen. — Auf Grund des Reichsbeschleunigungsgesetzes hat der Regierungsrath in Marienwerder in Abänderung der früheren landespolizeilichen Anordnungen bestimmt, daß die den Bewohnern des Grenzbezirks gerühmte Vergünstigung zur Einbringung der sogenannten parlamentarischen Schornsteinrohre aus Ausland auch in rohem Zustande oder in anderer Weise als durch Kochen zubereitet, sich nur auf Schornsteinrohre im engeren Sinne bezieht, nicht auch auf Röhren, Röhren, Röhren und andere, gewöhnlich nicht zum menschlichen Genuß dienende Gegenstände geschliffener Schornsteine. — Im Monat Juni sind in den deutschen Kronzollämtern ausgereicht worden in Doppelkronen 784,320 Mk., in Kronen 3,247,420 Mk., in Hälbmarken 3,071,210 Mk., in Zweimarkstücken 800,000 Mk., in Stummstücken 1,000,000 Mk., in Kleinmünzen 882,947,90 Mk., in Hälbmarken 145,249,85 Mk. und in Silberrücken 18,977,95 Mk. — Die Congoeisenbahn ist in Segremit von Vertretern der europäischen Großmächte unter großen Festlichkeiten, welche vier Tage dauerten, feierlich eröffnet worden. In Segremit wurde ein Banquet zu 133 Gedecken statt, an welchem auch der Generalgouverneur des Congoesens theilnahm. Der deutsche Delegirt brachte einen Toast aus, in dem er die Regierg zu ihrem Erfolge beglückwünschte. — Der italienische Senat genehmigte mit 28 gegen 4 Stimmen die Vorlage betreffend die Befähigung Italiens an der Pariser Reichsanwaltschaft von 1900. — Gegen Durrel, den ehemaligen preussischen Arbeitsminister, dessen Fall für anständig erklärt wurde, erzwangte Major Berlingg, der Segremitdurrel, bei der Staatsanwaltschaft in Karlsruhe seine bereits einmal abgeurtheilte Strafsache wegen Fälschung amtlicher Documente.

Ausland.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Der Santiago ist es zu einer Erstgeburd immer noch nicht gekommen. Ein Telegramm des Generals Schafter von gestern Abend erzählt, der ganz so, vertheil ziemlich ruhig. Man hat sich nur wenig gegliedert. Seit zwei Stunden ist die Parlamentärflagge gehißt worden. Ich habe die Stadt vollständig eingeschlossen. In der Nacht sind die Strassen verwalligelt worden. Zwei neue Batterien werden morgen aufgestellt werden. Unter den aus Santiago Geflüchteten herrscht großes Elend. Ich habe mein Möglichstes, um es zu lindern, aber leider ohne jeglichen Erfolg.

Die Welt weiß, daß die Amerikaner folgende Friedensbedingungen stellen wollen: Abtretung von Cuba, Puerto Rico, einem Hafen auf den Marianischen Inseln und Zahlung von 1200 Millionen Francs. Die Philippinen sollen als Unterpfand für Zahlung dieser Summe dienen. Diese Bedingungen werden in Madrid als unannehmbar angesehen. Wohlgeht es es gerade wegen der Räumungsverhältnisse über diese Bedingungen zu streiten gekommen. Die Bedingungen sind hart, ob sich nicht etwa die Rüge als christliche Mächte für Spanien und Hong legen werden, um sie zu mildern, bleibt abzuwarten. Es ein gutes Gefühl zu machen ist, daß sich immer eine freundliche Macht, die sich die Weltregierung gut finden läßt.

Der „Vorwärts“ erzählt die Wahrheit über die Verhandlungen, daß die Vereinigten Staaten als Friedensbedingungen die Abtretung Cubas, Portoricos und eines Hafens auf den Marianischen Inseln, sowie eine Kriegserlösbüchse von 240 Mill. Dollars gefordert hätten und daß die Philippinen als Unterpfand für die Zahlung dieser Summe vorgeschlagen worden hätten. Ein Mitglied des Senats erklärte, die Forderung habe keinerlei Vortheile gebracht.

Die „Vorwärts“ über Berlin erzählt, daß die Königin-Regentin von Spanien gewillt sei, Friedensverhandlungen mit den Vereinigten Staaten ohne Vermittelung der Mächte anzubahnen, vorausgesetzt, daß die Bedingungen nicht zu hart seien. Das einzige Zugeständnis sei gegenüber die völlige Unabhängigkeit Cubas.

Es heißt, daß im spanischen Cabinet Meinungsverschiedenheiten über einen eventuellen Friedensschluß herrschen. Der „Spota“ meldet, daß die Spanier bereit zu sein, einen Frieden zu beschließen. Allein man würde Unzufriedenheit des Generals. Die Conservativen sind der Ansicht, der Friede sei unannehmbar, wenn der Verlust

desselben nur den Verlust von Cuba mit sich brächte. Der Krieg müßte indessen fortgesetzt werden, wenn die Amerikaner auch nach Portorico, die Philippinen und eine zu große Gebietsabtretung fordern würden. Die Carlisen sind geneigt, sich in Abenteurer zu stürzen, wenn die Regierung in eine Gebietsabtretung willige. Don Carlos soll in dieser Hinsicht eine kühnliche Erklärung erlassen haben.

Die Verantwortung für die Vernichtung der spanischen Flotte vor Santiago sucht der spanische Marineminister von sich abzuwälzen. Bekanntlich wurde behauptet, der Marineminister habe dem Admiral Cervera wiederholt Befehl gegeben, den Hafen von Santiago zu verlassen. Die nunmehr gemeldet wird, soll der Marineminister erklärt haben, es sei nicht richtig, daß Cervera die geheime Ordre hatte, Santiago zu verlassen. Er müßte das offene Meer zu gewinnen suchen, wenn er der amerikanischen Flotte keinen Widerstand leisten konnte; Cervera habe demnach aus eigenem Antriebe gehandelt.

Die „Allg. Ztg.“ aus Madrid geschrieben wird, bestritt die spanische Regierung entschieden, den Befehl zum sofortigen Auslaufen des Geschwaders an Cervera erteilt zu haben. Sie habe nur angeordnet, er solle auslaufen, sobald er eine gute Gelegenheit dazu fände und sobald das Risiko so gering wie möglich sei. Sie wundert sich daher darüber, daß der Admiral nicht die Nacht zu dem Anfall benutzt hat oder einen der jetzt so häufigen Regenschirme oder wenigstens den Augenblick nach einer Beschleung, wo der Feind ermüdet ist und die Kanonen erhit sind. Aus diesem Anlaß kommt es auch zur Sprache, weshalb Cervera überhaupt Santiago anließ und nicht Habana und es stellt sich heraus, daß es wegen Kohlenmangels geschah. Es wurde ihm damals von hier aus angerathen, sofort weiter zu fahren, bevor die feindliche Flotte zur Schilfe sei, aber es scheint ihm nicht gelungen zu sein, die nöthigen Kohlen so rasch herbeizuschaffen, und es kam in Folge dessen zur Blockade, die jetzt einen so tragischen Ausgang genommen hat. Der Spanier, nebenbei bemerkt, in wenigen Stunden einen wackeren Schützen von 100 Millionen aufgab. — Auch der Verlust an Menschenleben scheint größer zu sein, als man anfänglich glaubte, insofern sich die Ziffer 600 nur auf die Todten beziehen soll. Es herrschte daher unter den Angehörigen der Mannschaften die fürchterlichste Ungewißheit, und in den Seestädten, wo sie meist anständig sind, spielen sich die herzzerreißendsten Scenen ab. Mütter, Töchter und Gattinnen bestärken die Rettungsredactionen und Behörden, um Nahrung zu erfahren.

Vom Chinesenlande.

Auch Deutschland scheint wieder neuen Appetit auf chinesische Brocken zu bekommen. Zur Ausdehnung der Fremdenniederlassung in Shanghai hat nach einer Shanghaier Nachricht der „Frankf. Ztg.“ der deutsche Gesandte weitere Landstücke vom Thungli-Yamen gefordert. Die städtischen Behörden von Shanghai haben ein solches Zugeständniß befristet, der Laotat aber hat es abgelehnt.

Wie aus Peking unterm 9. Juli gemeldet wird, besteht der britische Gesandte Macdonald darauf, daß die Ordnung unter der Bevölkerung in der Umgegend von Chingkiang, wohin das Kanonenboot Algierine ent, abt wurde, unverzüglich wieder hergestellt werde.

Nach einer Depesche der „Times“ dauern am Siliang (Westfluß) die Unruhen fort. Der oberste Beamte von Naitan, welcher einen Preis auf die Gefangennahme eines Rebellenführers ausgesetzt hatte, wurde selbst von letzterem gefangen genommen und lebendig verbrannt; seine Familie wurde umgebracht. Vom Fluße werden verheerende Fälle von Seeräuberei gemeldet.

Nach einem Telegramm der North China Daily News aus Tschungking vom 8. Juli sind die protestantischen und katholischen Missionen in Schungingfu von Aufrührern angegriffen worden. Auch in Junghong und anderen in der Nähe gelegenen Städten ist viel Unheil angerichtet worden. Ein französischer Priester ist von Räubern gefangen genommen worden. Diese verlangen ein Lösegeld von 10,000 Taels. Mehrere Eingeborene wurden getödtet und viel Eigenthum zerstört. Die Lage ist kritisch. Die Consuln in Tschungking haben sich an Bord des Kanonenbootes Alert begeben. In der Stadt Tschungking ist alles ruhig.

Das wird wieder viel Sühne erfordern!

Zur wirthschaftlichen Erschließung von Kiautschau sind nach der „Allg. Ztg.“ geplant ein erstklassiger Hafen mit allen Einrichtungen, welche der moderne Schiffverkehr verlangt, und damit im Zusammenhang die völlige Neugründung einer Stadt modernen Gepräges. Tsinan, der bisherige Sitz der deutschen Verwaltung, ist als Städteplatz nicht geeignet, ebensowenig die Riede dieses Orts als Hafen. An den Stadtplänen wird fortwährend gearbeitet. Da aber die Pläne für Hafen- und Stadtanlagen noch nicht feststehen, hat das Gouvernament folgende Anordnung getroffen, um die Möglichkeit zu vermeiden, welche ebenso kostspielig wie zeitraubend wäre, daß nämlich einzelne Grundstücke, die bereits an Private vergeben waren und mit deren Bebauung diese vielleicht schon begonnen hätten, hinterher bei der Stadtanlage für Straßen, öffentliche Bauten u. dergleichen benötigt würden und dann vom Gouvernament zurückgekauft werden müßten. Es werden augenblicklich Grundstücke in Kiautschau vom Gouvernament nur auf Widerruf überlassen, d. h. mit der Klausel, daß sie der Verwaltung auf Verlangen wieder zur Verfügung gestellt werden müssen. An dieser Klausel hat man in allen bisher vom Gouvernament abgeschlossenen Veräußerungsverträgen, ohne jede Rücksicht auf die Person des Erwerbers, ausnahmslos festgehalten. In naher Zukunft, sobald die Stadtpläne feststehen und die Vertheilung der Grundstücke, woran mit aller Kraft gearbeitet wird, abgeschlossen ist, wird die endgültige Vergebung des Landes an Private beginnen.

Die Dreifusangelegenheit.

In der Kammer Sitzung vom Dienstag wurde die Interpellation Jourriers, betr. des Vorgehens gegen Picquart auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Drifflou auf einen Monat vertagt, nachdem der Kriegsminister erklärt hatte, daß er es ablehnen müsse, sich nochmals zu der Angelegenheit zu äußern.

Das „N. Z.“ meldet aus Paris: Die Notizen des Generalen Dreyfus, welche der Verteidiger desselben, Demange, seinem Schreiben an den Justizminister beifügte, sind von höchstem Interesse. Dreyfus schreibt u. A.: „Heute 5 1/2 Uhr Abends ist der Commandant du Bataillon de Cham gekommen und hat mich im Auftrage des Ministers gefragt, ob ich nicht vielleicht das Opfer meiner Unvorsichtigkeit geworden sei, ob ich nicht einfach habe am orienten wollen (d. h. werthlose Papiere gegen wichtige ausstatten). Ich habe ihm geantwortet, daß ich niemals mit einem Agenten oder Agentin in Verbindung gestanden, mich mit keiner Kamerade schast habe und unschuldig sei.“ Man erwartete sich, daß in dem angeblichen Geständniß des Dreyfus, welches der Capitän Lehmann gehört haben soll, sowohl von

der Fenster und die goldigen Vorhänge glänzten wie Sonnenstrahlen, die auf den Alpen dieser großartigen Bergmannen-Ausstellung schimmerten.

— Nun, sagte Madame de Bovet, wir müssen doch weiter gehen. Wir können nicht hier stehen bleiben.

Seidens sie eingetreten war, hatte der Inspektor Jouve, der an der Thür stand, sie nicht aus den Augen verloren. Als sie weiter ging, ließ er ihr einen kleinen Vorwurf und folgte ihr dann von Weitem, jedoch ohne sich um sie zu kümmern.

— Sehen Sie! jagt Madame Embel und blieb bei der ersten Kaffe stehen. Das ist ein rothender Schand, diese Mädchen!

Sie sprach von einem neuen Geschenk des „Hind der Dames“, einer Idee, über die Kunst in den Zeichnungen großer Natur gezeichnet: keine Zeichnungen, die er zu Lande in Höhe gehend hatte und von jeder Richtung beschützt ließ, auch wenn sie nur eine Kleinigkeit kostete. In jeder Kaffe theilten Lebenswörter in einem unter Aufsicht eines Inspektors dieses Geschenk aus, und schließlich hatten sich die Dames mit diesen hochpreislichen und alle Dames verbreiteten einen herrlichen Abend.

— Ja, jagt Madame Desjorges in neidischen Ton, die Idee ist gut.

Als aber die Dames sich aufrichteten, weiter zu gehen, blieben sie, wie zwei Verkäufer über diese Mädchen Bemerkungen machten. Ein großer Inspektor war sehr erkrankt: Der Ober behauptete also daß die Verkäuferin der Aufhebung für Kinderleber? Und ein kleiner Dicker erwiderte darauf, daß man hat mich nicht mehr, daß aber die Dames trunken gelassen werden.

— Die! rief Madame de Bovet. Herr Inspektor, bestraft!

— Das ist das Erste, was ich hier! erwiderte der Inspektor, der die Verkäuferin hatte. Ich bin auch ein hochgeachteter Mann.

dem Besuch des du Paty de Clams, wie auch von dem Minister und von der Amorcege die Rede ist. In der "Petite Republ." zeigt Gerault-Richard, wie Drenfus offenbar dem Capitän Lebrun gesagt hat, was er in seinen Notizen gesagt hat, und wie der Capitän diese Worte durcheinandergewürfelt hat.

Gegen Oberst Picquart soll nunmehr wegen der Veröffentlichung des bekannten offenen Briefes eingeschritten werden. Wie aus Paris gemeldet wird, beschloß der Ministerrat die Verfolgung des Obersten Picquart wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses. Auch beschloß der Ministerrat, außer Picquart auch den Advokaten LebLois als Mitschuldigen gerichtlich zu verfolgen.

Der französische Senat nahm einen Gesetzentwurf an, der bezweckt, die Strafen für die Verbrechen des Landesverrats und der Spionage zu verschärfen.

Oesterreichische Zustände.

In Oesterreich-Galizien herrscht eine unbeschreiblich gebrühte Stimmung. Die Verhängung des Standrechts und besonders die Ankunft des Henters in Neusander hat die Panik aufs Aeußerste gesteigert. Nur die armen verhafteten Bauern, die man tagtäglich auf Wagen, gefesselt und von Manen mit gezogenem Säbel umringt, in die Stadt bringt, zeigen ein lächelndes Gesicht und treiben Scherze. Die Armen glauben fest, daß man sie nur so zum Schein verhafte und gleich freilassen müsse, denn sie hätten ja „auf Gottes Befehl“, auf Grund einer besiegelten Ermächtigung vom Starosten, geurteilt. Die Herren Grundbesitzer machen zu diesem Schicksal ihrer Landsleute ein viel ernsteres Gesicht, sie haben nämlich andere Sorgen: „Alle Gefängnisse in Neusander — schreibt die Krakauer „Refurma“ — sind überfüllt, das Volk (!) aber fragt: wer wird auf den Feldern arbeiten? Wer wird das Feld abräumen? Denn die Ernte kommt in einer, höchstens zwei Wochen, und da sitzen arbeitslos (!) in den Mauern die kräftigsten, jüngsten Arme (!). Die energischeren Grundbesitzer sollten doch Maßregeln treffen, damit man die Leute für die Erntezeit freigeibt. Sie werden doch nicht nach Amerika fortlaufen, denn sie sind arm, und es ist ja auch nicht schwer, sie wieder einzufangen!“ . . . Noch nie seit den ersten industriellen Kindermorden in England hat sich die Sprache des Capitals zu einem so frechen Cynismus verfliegen! Leute, denen vielleicht das Todeurtheil, sicher jahrelanges Gefängnis bevorsteht, sollen zur Ernte freigelassen werden, man könne sie ja dann wieder einfangen“. O, du heiliges Capital, wann wird man dir endlich die schmutzige Junge aus dem gierigen Rachen austreiben? . . .

von Kreuzottern gebissen wurden. Eins der Kinder soll an den Folgen der Vergiftung gestorben sein, das andere schwer darniederliegen.

Ein großer Juwelenraub ist Ende voriger Woche in Kreuznach verübt worden. Gestohlen sind im Ganzen 152 Ringe, darunter 30 Taubringe, im Werthe von 9500 Mark, eine Tasche von eingesehten Steinen, Brillanten u. s. w., 12,000 Mark werth, 9 Brochen im Werthe von 4365 Mark, Ohrringe, Nadeln, Herren- und Damenketten, Armbänder u. s. w., zusammen für 45,000 Mt. Juwelen. Einer der Juwelenräuber wurde am Montag in Trier verhaftet, als er den Raub verkaufen wollte.

Entgleist sind am Montag nach einer Meldung aus Erfurt vom Tages Schnellzug Stuttgart-Berlin im Tunnel vor Jella vier Personenwagen. Einige Reisende wurden leicht verletzt.

Ueber einen Strahentumult in Aste wird unterm 12. Juli berichtet: Auf dem Gföhwitzplatze kam es heute zu einem scharfen Reiterstreife zwischen einer tausendköpfigen Menschenmenge und zahlreichem Polizeiaufgebot. Die Beamten mußten, von der Menge thätlich angegriffen, von der Waffe Gebrauch machen. Die Ursache des Tumults war der Streit zwischen einem Metzgermeister und dessen Gefellen, in dessen Verlauf der Meister dem Gefellen eine Kopfwunde beibrachte. Zur Auseinandersetzung der Menschenmenge griff schließlich die Feuerwehr ein, welche aus verschobenen Spritzen Wasser gab. Der Tumult währte mehrere Stunden. 12 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Zum Untergang der „Bouvgogne“ soll nach einer Meldung des „Reuterischen Bureau“ aus Newyork Frau Lacasse, die einzige getretete Fran erklärt haben, daß die Geschichten über das schamlose Benehmen der Mannschaft gegen die Fahrgäste nicht auf Wahrheit beruhen. Im Gegentheil hätten die Seeleute alles gethan, was in ihrer Macht stand. Die Frauen wären allerdings verunglückt worden, man habe sie mit Füßen getreten und mit vorgehaltenem Dolchmesser aus den Booten getrieben. Das hätte aber nicht die Beilage verurteilt, sondern italienische, ungarische und andere Zwischendeckpassagiere. Diese hätten wie wilde Thiere um ihr Leben gekämpft. Frau Lacasse hat selber einen Extrinkenken getretet, indem sie ihn beim Schopfe faßte. — Vielleicht bemächtigt sich Frau Lacasse aus Patriotismus um die Ehrenrettung ihrer Landsleute.

Die Erdbeben in Dalmatien dauern fort. In Trilj und Ein wurden am Sonntag mehrere leichte Erdstöße und in Trilj außerdem noch ein starker Erdstoß verspürt. Zur eventuellen Aufnahme von Bewohnern der Ortschaften sind seitens des Militärs 100 Bette aufgestellt worden.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 13. Juli 1892.

Zu den Stadtverordnetenwahlen!

Im Herbst d. J. finden wiederum die Wahlen zum Breslauer Stadtverordnetencollegium statt. Das reactionäre preussische Gemeindevahlrecht verhindert allerdings eine Theilnahme der Arbeiter an den Gemeindevahlen, wie sie das Wahlrecht zum Reichstage bei der Wahl des höchsten gesetzgebenden Körpers ermöglicht. Dennoch ist es keineswegs unmöglich, auch der Arbeiterschaft eine Vertretung im Stadtparlament zu sichern, wenn eben jeder Wahlberechtigte Arbeiter seine Pflicht erfüllt. Das zeigt das Beispiel einer ganzen Reihe preussischer Städte, woselbst die Arbeiterschaft längst durch eine zum Theil erhebliche Zahl von Stadtverordneten eigene Vertretung in der Gemeinde errungen hat.

Auch für die Breslauer Arbeiterschaft, die eben wieder ihre Vertreter im Reichstage zu einem glänzenden Sieg geführt hat, ist es nunmehr unabwiesbare Ehrenpflicht geworden, endlich einmal auch in das Stadtparlament Vertreter zu senden, die gewillt und im Stande sind, den berechtigten Anforderungen der Breslauer Arbeiter in der Gemeindeverwaltung Geltung zu verschaffen.

Diese Aufgabe wird jedoch nur erfüllt werden, wenn die Arbeiterschaft auf dem Posten ist, wenn sie von ihrem Stimmrecht vollen Gebrauch macht, und das kann nur geschehen, wenn jeder Wahlberechtigte sich rechtzeitig überzeugt, daß sein Name in der Wählerliste enthalten ist!

Die Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahlen liegen zur Einsicht für Jedermann aus:

Vom Freitag, den 15. Juli, bis Sonnabend, den 30. Juli, Vormittags von 8—1 Uhr, Nachmittags von 3—6 Uhr, und zwar im Hause Elisabethstraße Nr. 10, Zimmer Nr. 6, parterre.

Wahlberechtigt zur dritten Abtheilung ist jeder mindestens 24 Jahre alte männliche Einwohner der Stadt Breslau, welcher 1. Preussischer Staatsangehöriger ist, 2. Seit mindestens einem Jahre in Breslau wohnt, 3. Gemeinde-Einkommenssteuer im Betrage von mindestens 1 Mar. 19 Pfg. vierteljährlich gezahlt hat, 4. Seit einem Jahre eine öffentliche Armenunterstützung nicht empfangen hat.

Wer diese Bedingungen erfüllt hat, hat Anspruch auf Eintragung in die Wählerliste und die Pflicht, sich so rasch wie möglich zu überzeugen, daß sein Name in der Wählerliste enthalten ist!

Die vom 15. bis 30. Juli, Vormittags von 8—1 Uhr, Nachmittags von 3—6 Uhr, im Hause Elisabethstraße 10, Zimmer 6, parterre, ausliegende Wählerliste kann jeder Einwohner einsehen, auch wenn er nicht wahlberechtigt ist. Auch beschränkt sich das Recht der Einsichtnahme und das Einspruchsrecht nicht auf die eigene Person des Einsichtnehmenden, dieses Recht erstreckt sich vielmehr auf die ganze Liste, deren Einsichtnahme also nicht verweigert werden darf!

Es können also mehrere Wähler eine Person (die nicht Wähler, sondern nur Einwohner der Stadt zu sein braucht) mit der Einsichtnahme der Liste und eventuell mit der Reclamation zur Aufnahme der fehlenden Wahlberechtigten in die Wählerliste beauftragen!

Es empfiehlt sich, bei Einsichtnahme der Wählerliste die letzte Steuerquittung mitzubringen.

Diejenigen Wahlberechtigten, welche nicht in die Wählerliste eingetragen sind, müssen bis spätestens 30. Juli d. J. ein Gesuch um nachträgliche Aufnahme in die Wählerliste entweder direct an den Beamten, der mit Vorlegung der Wählerliste beauftragt ist oder schriftlich an den Magistrat der Stadt Breslau richten.

Das Gesuch (mündlich oder schriftlich) muß enthalten die genauen Angaben über Vor- und Familiennamen, Alter, Stand, Wohnung, Staatsangehörigkeit und Betrag der gezahlten Gemeinde-Einkommenssteuer, event. auch Nummer des Steuerbezirks und der Steuerroll.

Die sofortige mündliche Reclamation nach Einsichtnahme in die Wählerliste empfiehlt sich besonders und ist schon aus diesem Grunde das Mitbringen der letzten Steuerquittung notwendig.

Nachmal's, Arbeiter Breslau's, seid Eurer Pflicht eingedenk und überzeugt Euch rechtzeitig, in der Zeit vom 15. bis 30. Juli, davon, ob Euer Namen in die Wählerliste zur Stadtverordnetenwahl eingetragen sind!

* **Communale Steuerpflicht in Folge der Verleihung des Wahlrechts.** In Stettin waren bisher die Einwohner mit einem Einkommen unter 900 Mt. steuerfrei, wurden aber nicht in den Gemeindevahlereihen geführt. Nach den letzten Communalwahlen strengten ein Handelsmann und ein Hausabnehmer auf Kosten der socialdemokratischen Parteikasse gegen die Stadt ein Streitverfahren an, durch das sie ihre Eintragung in die Gemeindevahlereihen erzwingen wollten. In letzter Instanz entschied das Oberverwaltungsgericht zu Gunsten der Kläger, indem es erkannte, daß auch Einwohner mit einem Einkommen von 660—900 Mt. wahlberechtigt und somit in die Wählerlisten einzutragen seien. In Folge dessen hielt es der Magistrat für angemessen, nun auch diese Bewohner zur Steuer heranzuziehen, denn er hielt es für eine Ungerechtigkeit gegen alle übrigen Steuerzahler, wenn auch Nichtsteuerzahler zur Wahl zugelassen würden, außerdem müsse berücksichtigt werden, daß dadurch 13 000 Einwohner mehr zur Steuer herangezogen würden und die Stadt dadurch eine jährliche Mehreinnahme von mindestens 60 000 Mt. erzielte. Der Magistrat hatte deshalb in der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage eingebracht, vom 1. Juli d. J. ab die Steuerpflicht bei einem Einkommen von mehr als 660 Mt. beginnen zu lassen. Diese Vorlage wurde nach längerer Erörterung mit großer Mehrheit angenommen. Die erste Beige im Stadtparlament spielen die Conservativen.

Der Anschauung, daß nur diejenigen das Communal-Wahlrecht besitzen dürfen, die auch Communalsteuern zahlen, möchten wir die Forderung gegenüberstellen, das Wahlrecht nur denen zu verleißen, die durch ihre Thätigkeit der Gesellschaft Nutzen bringen. Wie viel Couponabschneider würden dabei ihres Einflusses im Stadtparlament verlustig gehen.

* **Wegen Gendarmenbeleidigung** hatten sich gestern der ehemalige verantwortliche Redacteur der „Volksmacht“, unser Genosse Emil Neutrich, und der ehemalige verantwortliche Redacteur der „Breslauer Morgenzeit“, Dr. Stowronnel, vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten. Die Beleidigung sollte begangen sein durch den Abdruck eines Artikels aus dem „Niederschlesischen Anzeiger“ in Slogau. Wegen dieses Artikels hatten sich der Redacteur genannten Blattes zusammen mit den Redactoren von drei anderen Blättern schon vor längerer Zeit vor dem Landgericht in Lissa i. P., woselbst die dortige amtsanwaltschaftliche Staatsanwaltschaft die Presse verurtheilt zu verantworten und es erfolgte auch eine Verurteilung zu Geldstrafen von 50 bis 150 Mark. Vor dem Breslauer Landgericht nahm jedoch die Sache eine andere Wendung. In dem incriminirten Artikel wurde geschilbert, daß ein Müllermeister Lindner in Fraustadt i. P., als er Abends aus einem Wirthshaus, wo er die Reparatur eines Fischgrabs vorgenommen hatte, trat und ein Bedürfnis verspürte, mit dem Gendarmen-Oberwachmeister Essenblätter und dem Gendarmen Urban — die nach ihm das Wirthshaus verlassen hatten — in Differenz geriet und von diesen verhaftet wurde. Bei dieser Gelegenheit will Lindner von Urban beschimpft und in's Gesicht geschlagen worden sein. Die Gendarmen ließen den Müllermeister schließlich wieder laufen und dieser holte sich nun sein Werkzeug aus der Wirthschaft, um dann nach Hause zu gehen. Auf der Straße traf er die Gendarmen wieder und nun wurde er von Neuem verhaftet, entließ dann den Beamten und wurde darauf, wahrscheinlich von Urban berath mit dem Säbel mißhandelt, daß er, aus schweren Kopfwunden blutend, zunächst bewußtlos zusammenbrach und dann von den beiden Gendarmen und einem dazu beorderten Nachtmacher in das Polizeigefängnis transportirt wurde. Der Verwalter des Gefängnisses verweigerte die Aufnahme des Schwerverletzten, da ihm dieser, wie er sagte, in der Zelle sterben könne, worauf dann ein Arzt geholt wurde, der die Wunden des Lindner verband und vernahmte und dann dessen Ueberführung in das Krankenhaus veranlaßte.

In Folge der Stellungsbefehle über den Aufsehen erregenden Vorfall leitete die den Gendarmen vorgeordnete Behörde zunächst gegen diese eine militärgerichtliche Untersuchung ein. Dieser führte jedoch zur Einstellung des Verfahrens, da die militärgerichtliche Behörde zu dem Resultat gekommen war, daß Lindner am betreffenden Abend betrunken gewesen sei und in diesem Zustande die Gendarmen beleidigt und später sogar thätlich angegriffen habe. Auf der Flucht vor den Gendarmen sei er dann gefallen, habe sich an seinem Werkzeug verletzt und wurde darauf von den Gendarmen zurechtgerichtet und wurde darauf von der Polizei weggeführt. Auf Grund dieser militärgerichtlichen Untersuchungsergebnisse wurde dann, wie gesagt, die Anklage gegen die Zeitungsbearbeiter erhoben, die denn ja auch eine Verurteilung derselben in Lissa herbeiführte.

Vor dem hiesigen Landgericht wurde gestern unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirectors Wanjet die Sache in eingehendster Weise in einer reichlich fünfständigen Verhandlung durchgenommen und kurzgefaßt. Und das Ergebnis dieser Verhandlung, die Aussagen der Zeugen u. s. w. waren dem niederschmetternd insbesondere für den Gendarm Urban, daß dieser nicht nur wagte, die unwahre Darstellung des Sachverhalts, wie er sie als Beschuldigter vor dem Militärgericht und später als Zeuge eidlich auch vor dem Landgericht in Lissa gegeben, zu wiederholen. Auf die Erklärung des Vorstehenden, daß er, Urban, seine Aussage demweilern dünne, wenn er glaube, durch eine wahrheitsgemäße Aussage sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung auszuweichen, verweigerte Urban seine Aussage! Die Verhandlung ergab, daß Lindner, überhaupt ein ruhiger, solider, wenn auch etwas beschränkter Mann, am fraglichen Abend ganz nüchtern war, während Urban stark angegriffen erschien. Ebenso wurde festgestellt, daß Urban dem Lindner willkürlich verhaftete und derselben dann die schweren Verletzungen beibrachte und zwar, wenn nicht unter activer Theilnahme, so doch im Beisein und unter Billigung Essenblätter's. Nicht bewiesen werden konnte jedoch die Behauptung in einem zweiten ebenfalls incriminirten Artikel der „Breslauer Morgenzeitung“, daß die beiden Gendarmen am fraglichen Abend wegen ungebührlichen Benehmens aus einem Fraustädter Gasthof hinausgewiesen seien. Der Staatsanwalt beantragte denn auch die Freisprechung der beiden Angeklagten von der Anklage der Beleidigung des Gendarmen Urban, soweit sich diese auf die Behauptung bezog, daß derselbe Lindner willkürlich verhaftete und schwer mißhandelt habe. Dagegen seien beide Angeklagte der Beleidigung des Oberwachmeisters Essenblätter schuldig, denn diesem hätte eine Theilnahme an den Ausschreitungen des Urban in keiner Weise nachgewiesen werden können. Gestern sei der Redacteur der „Morgenzeitung“ der Beleidigung beider Gendarmen schuldig befunden durch die unerwiesene Behauptung, diese seien aus einer Wirthschaft hinausgewiesen worden. Der Staatsanwalt beantragte gegen Redacteur Dr. Stowronnel, der noch unbezahlt ist, eine Geldstrafe von 50 Mark, gegen Neutrich in Rücksicht auf dessen Vorstrafen eine Geldstrafe von 100 Mark.

Von den Verurtheilten, den Herren Rechtsanwalt Sena und Dillenborn, wurde für ihre Klienten zunächst der Schatz des

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Die erste Strafkammer des Landgerichts München I bestätigte die schöffengerichtliche Verurtheilung des Schriftstellers Maximilian Gorden-Berlin zu 14 Tagen Gefängnis wegen großen Unfugs, bezogen in einem Artikel in seiner Zeitschrift „Die Zukunft“ über König Otto von Bayern. Gorden kündigte die Berufung an das Oberlandesgericht München an.

Um einen neuen interessanten Beitrag ist die Chronik der Majestätsbeleidigungen bereichert worden. Der Oberlehrer Dr. Frhr. v. Wangenheim, der den Director Dr. Fange der Majestätsbeleidigung beschuldigt hatte, wurde, da er seine Anschuldbildung nicht beweisen konnte, auf dem Disciplinarwege strafversetzt. Der Ankläger hatte Amtsentlassung beantragt.

(Ende der Rubrik Politische Uebersicht.)

Arbeiterbewegung.

Zum Streik der Hamburger Bäcker. Seit Sonnabend haben einige Inhaber größerer Bäckereien die Forderungen der Gesellen bewilligt. — Montag Nachmittag fanden in 13 Bezirken der Stadt Versammlungen der Brotträger statt, in welchen die bezugsweise Eintheilung wegen Abschließens von Brotlieferungen vorgenommen wurde. In jedem Bezirk wurde eine Vertrauensperson gewählt, an welche sich die Brotträger, falls sie aus anderen Bäckereien Waaren entnehmen wollen, zu wenden haben. — Daß der Brotpolitik jetzt beabsichtigte Wirkung erzielt hat, gab der augenblicklich mit Halten von Anti-Boylott-Reden stark beschäftigte Meister Blindmann in der am Sonnabend Abend stattgehabten Bürgerversammlung umwunden zu.

In Harburg stehen die Schmiebe in einer Lohnbewegung. Sie fordern den zehnstündigen Arbeitstag und 35 Pfennige für Ueberstunden.

Die Lohnbewegung der Dresdener Zimmerer hat sich nunmehr zu einem Streik von ziemlich großer Ausdehnung entwickelt. Es streiken zur Zeit in 60 Geschäften beim Bauten 340 Mann, 160 arbeiten unter den neuen Bedingungen — 48 Pfennige Stundenlohn und 10stündige Arbeitszeit, während ein anderer Theil abgerüstet ist. Nach Lage der Sache dürfte der Ausstand noch größere Dimensionen annehmen. Die Unternehmer versuchen die Ausständigen durch nichtgelernete Arbeiter zu ersetzen. Im Laufe der Woche werden auch die übrigen Bauarbeiter, Mauerer u. s. w. zum Streik Stellung nehmen.

Aus aller Welt.

Ein **Revolver-Attentat** wurde in der Süderstraße zu Berlin gegen den Postinspizienten Maurer verübt. Eine Frauensperson feuerte auf ihn mehrere Schüsse ab, die aber ihr Ziel verfehlten. Nur der Kopf Maurers wurde gestreift. Das Motiv der That war Eifersucht.

Hochwasser und Ueberschwemmungen werden aus verschiedenen Gegenden Ungarns gemeldet. Im Fogarajer Comitatz (Siebenbürgen) wurde der größte Theil der Ernte durch Hochwasser vernichtet. In Folge Wolkenbruchs trat am letzten Freitag der kleine Fluß Ot über seine Ufer und überschwemmte das Gebiet von sieben Gemeinden bei der Station Kellitz. Das Wasser riß die Eisenbahnbrücken fort, so daß der Bahnverkehr auf der Strecke eingestellt werden mußte. Bei den Versicherungsgesellschaften sind bisher durch Hagel verursachte Schäden in der Höhe von 34 Millionen Gulden angemeldet worden. Hiervon betragen jedoch nur vierzehn Millionen liquidirt werden und zur Auszahlung gelangt. — Schlimm gehaut hat das Hochwasser im Herz und in Braunau u. s. w. In Seelen ist der Ruin fast vernichtet, die Brüden sind zerstört, die Landeisenbahn mußte für den Verkehr einhalten. Das Hochwasser hat seit Montag Nacht die Stadt Traunschweig erreicht. Das Commercianten, die Parks, Gärten und Häuser stehen unter Wasser, welches noch weiter steigt. Es droht die Gefahr, daß die Wasserwerke und die elektrische Straßenbahn den Betrieb werden einstellen müssen. Das Wasser ist bereits 30 Centimeter über den höchsten Stand im Jahre 1881 gestiegen.

Die **Kreuzottern** treten in diesem Sommer in Medlenburg wieder häufig auf. Aus Eibenaum südlichen Brandenburg wird mitgeteilt, daß im Hornwalde beim Heibelbergsflüßchen zwei Kinder

